

## Finanzielle Sorgen wachsen aber das Vertrauen in öffentliche Dienstleistungen bleibt hoch

Die länderübergreifende OECD-Umfrage «Risks that Matter» untersucht, wie Menschen soziale und wirtschaftliche Risiken wahrnehmen und wie sie die Regierungsarbeit einschätzen. Für die Umfrage wurde eine repräsentative Stichprobe von 27.000 18- bis 64-Jährigen in 27 OECD-Ländern befragt, um die Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger:innen im Bereich der Sozialpolitik besser zu verstehen - insbesondere angesichts steigender Lebenshaltungskosten.

Die befragten Schweizer:innen machen sich 2022 mehr Sorgen um ihre finanzielle Situation und ihr soziales und wirtschaftliches Wohlergehen (65%) (Abb. 1) als 2020 (59%). Dennoch liegt der Wert für 2022 deutlich unter dem Länderdurchschnitt (75%).

Das Ausmaß der finanziellen Sorgen hängt in der Schweiz stark vom Einkommen ab. Während sich 28% aller Befragten um höhere Kosten im Bereich der Lebensmittel, Wohnung, Energie und Schuldentilgung sorgen, geben dies deutlich mehr Befragte im ärmsten (41%) als im reichsten Quintil (16%) an.

Mit den öffentlichen Dienstleistungen sind die Befragten in vielen Bereichen zufrieden. Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, dass sie Zugang zu

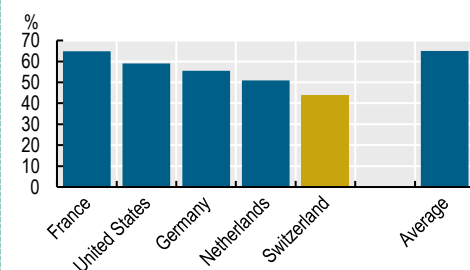
qualitativ guten und erschwinglichen Dienstleistungen in den Bereichen öffentliche Sicherheit (60%), Bildung (58%) und Gesundheit (53%) hat. Folglich sind die wahrgenommenen Risiken relativ gering. Zum Beispiel sorgen sich Schweizer:innen von den Befragten in allen Ländern am wenigsten (44%) über den Zugang zur Gesundheitsversorgung (Abb. 2).

Die Schweizer Befragten sind relativ zufrieden mit den COVID-19-bezogenen Maßnahmen. 56% der Befragten sind der Meinung, dass ihre Regierung genug getan hat, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, verglichen mit 45% in den anderen Ländern.

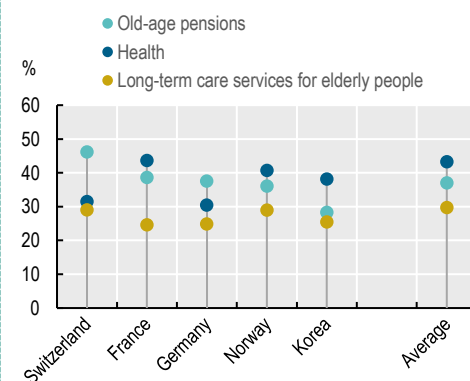
Deutlich geringer ist die Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen jedoch bei der Unterstützung der Familie (37%) und beim Wohnen (34%) Hier liegt die Schweiz knapp über dem Länderdurchschnitt von 34% bzw. 30%.

Die Schweizer:innen sehen in den meisten Politikbereichen wenig Bedarf für zusätzliche Staatsausgaben. Eine Ausnahme ist die Altersrente, für welche 46% der Befragten bereit sind 2% mehr Steuern für bessere Leistungen zu zahlen (Abb. 3).

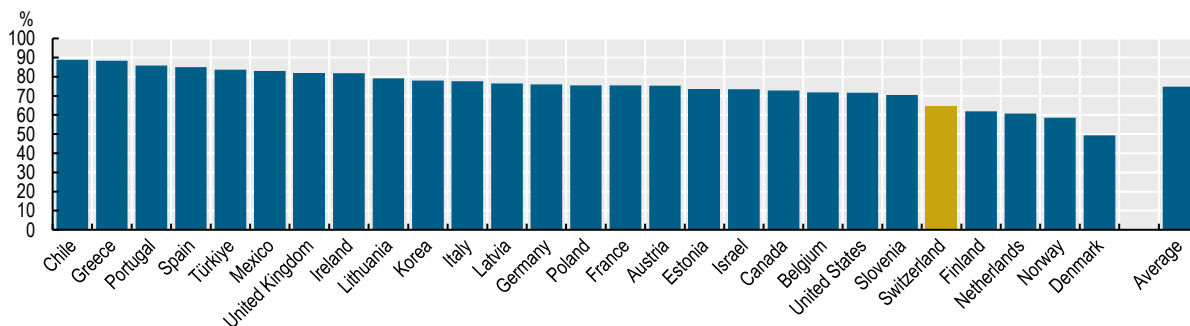
**Abb. 2. Anteil Befragter, die sich Sorgen machen, in den nächsten zwei Jahren Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung zu haben, 2022**



**Abb. 3. Anteil derjenigen, die bereit wären, für eine bessere Versorgung mit und einen besseren Zugang zu ausgewählten Politikbereichen 2% mehr an Steuern/Sozialbeiträgen zu zahlen, 2022**



**Abb. 1. Anteil Befragter die sich um die Finanzen ihres Haushalts und das allgemeine soziale und wirtschaftliche Wohlergehen sorgen, 2022**



Anmerkungen: Der Durchschnitt bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 27 OECD-Länder, für die Daten verfügbar sind. Die Befragten wurden gefragt: «Wenn Sie an die nächsten ein oder zwei Jahre denken, wie besorgt sind Sie im Allgemeinen über die Finanzen Ihres Haushalts und das allgemeine soziale und wirtschaftliche Wohlergehen». Sie konnten wählen zwischen: «Überhaupt nicht besorgt»; «Nicht so besorgt»; «Etwas besorgt»; «Sehr besorgt»; «Kann mich nicht entscheiden». Die Daten geben den Anteil der Befragten an, die «etwas besorgt» oder «sehr besorgt» angaben. Vollständige Anmerkungen siehe Bericht.

Quelle: OECD Risks that Matter Survey 2022, <http://oe.cd/rtm>.

Die OECD-Umfrage «Risks That Matter» ist eine länderübergreifende Umfrage über die sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der Menschen, wie gut die Regierung ihrer Meinung nach auf ihre Bedürfnisse und Erwartungen eingeht und welche Politik sie sich für die Zukunft wünschen. Die Umfrage wurde 2018, zur Unterstützung der OECD-Ministerkonferenz zur Sozialpolitik, und 2020 durchgeführt. Die Befragungswelle 2022, die von Oktober bis Dezember 2022 durchgeführt wurde, stützt sich auf national repräsentative Stichproben in Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Kanada, Korea, Lettland, Litauen, Mexiko, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, der Schweiz, der Türkei, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.